

Sächsische Volkszeitung

Verleger: Max B. Schmidt, mit Redaktion der Sächsischen Volkszeitung, Dresden, Neustadt, Poststr. 11. Druck: Max B. Schmidt, Dresden, Neustadt, Poststr. 11.

Unabhängiges Cagedblatt f. Wahrheit, Recht u. Freiheit.

Verleger: Max B. Schmidt, mit Redaktion der Sächsischen Volkszeitung, Dresden, Neustadt, Poststr. 11. Druck: Max B. Schmidt, Dresden, Neustadt, Poststr. 11.

Die erste Thronrede und erste Parlamentsadresse.

o. St. Petersburg, 14. Mai 1906.

Nichts Neues aus Rußland? Kann man jetzt nicht mehr fragen! Aber die Neuigkeiten sind wenigstens nicht mehr solcher Art, daß sie Grausen erregen müssen. Der Zusammentritt der Duma hat sich in völlig ordnungsmäßiger Weise vollzogen. Nirgends ein Attentat, nirgends die Weitsche und nirgends Kofaken! Soll dem Lande eine bessere Zukunft bevorstehen? Wir wollen es hoffen! Die erste Thronrede des Zaren hat zwar manche Erwartungen enttäuscht, sie war sehr mager und inhaltslos und erweckt fast den Anschein, als lasse man sich in Rußland lieber alles abtropfen, als daß etwas freiwillig gegeben werde. Wir halten diese Politik für höchst unglücklich, da sie erbittert und zu stets höheren Forderungen anreizt. Auf solche Weise kommt ein Land wie Rußland nicht in ruhiger Weise voran.

Was die Thronrede nicht enthält, fordert die Parlamentsadresse mit um so größerer Bestimmtheit. Sie ist durchgezogen mit dem Ruf nach Freiheit! Beseitigung der Autokratie, Bildung eines verantwortlichen Ministeriums, Zuständigkeit der Duma für alle Materien des staatlichen Lebens, Beseitigung des Reichsrates und volle politische Annullation werden hier in markigen und kräftigen Worten gefordert. „Unantastbarkeit der Person, Freiheit des Gewissens, des Wortes, der Presse, der Vereine, Versammlungen und Ausstände, das sind die Grundlagen, welche schon das Manifest vom 30. Oktober gelegt hat, und ohne die eine Reform der sozialen Verhältnisse undenkbar ist.“ Allgemeine Punkte, welche die Thronrede mit Schweigen übergegangen hat, stehen nun durch die Adresse im Vordergrund der Debatten. Am längsten wird wohl die Frage eines verantwortlichen Ministeriums aufhalten; denn hier ist die Mehrheit der Duma unerbittlich; sie hat ihre guten Gründe hierfür und die neuen Ministerwechsel bestärken sie erst recht in ihrem Verlangen. Das kurz vor Eröffnung der Duma durch die Ernennung von Silowski zum Minister des Innern vollständig gewordene Kabinett hat eine sehr schlechte Aufnahme gefunden. Namentlich richtet sich das allgemeine Uebelwollen gegen den Minister des Innern, Goremmin, dessen Name als böses Omen gilt, er bedeutet Leidträger, und man erinnert an ein Couplet, das schon 1895 umlief, als Goremmin seine große Karriere begann, und das heute wieder aktuell geworden ist. Dagegen ist man durch die Ernennung Silowskis auch in Rußland befriedigt. Man weiß, daß er als Gesandter in Tokio nachdrücklich vor dem Kriege gewarnt hat und das hat ihm eine gewisse Popularität gesichert. Aber auch ihm möchte man um des Prinzipes willen ebenso beseitigen wie die übrigen Minister, da es zu den Glaubenssätzen der Kadetten gehört, daß das Ministerium aus der Majorität der Kammer hervorgehen muß.

Endlich will man in diesen Kreisen trotz aller Schwärmererei für den englischen Parlamentarismus nichts vom Oberhause, dem Reichsrat wissen. Auch den Bauern hat man eingeredet, daß der Reichsrat eine Scheidewand zwischen Jar und Volk sei. So hat man denn eine Einladung der Stadt Petersburg zu einem großen Rout abgelehnt, weil auch den Mitgliedern des Reichsrates Einladungen zugegangen waren.

In einem politischen Punkte haben die Kadetten sich eine sehr große Zurückhaltung auferlegt: Der Ruf nach einer Republik ist ganz verstummt. Diese Zurückhaltung ist darauf zurückzuführen, daß die Kadetten auf die Bauernvertreter alle Rücksicht nehmen müssen; sie laden diese in ihre Fraktionsitzungen ein und suchen sie ganz für sich zu gewinnen. Aber es zeigte sich von vornherein ein merkwürdiger Gegensatz. Zunächst war das erste, was die Bauern taten, daß sie die großen Petersburger Kirchen eine nach der anderen aufsuchten, um dort ihre Andacht zu verrichten. Dann stellte sich heraus, daß sie entschieden monarchisch dachten; für die republikanischen Ideale der Kadetten werden diese Leute nicht zu haben sein, und es ist uns deshalb sogar zweifelhaft geworden, ob die anderen wagen werden, vor der Duma mit ihnen hervorzutreten. Freilich wird von vielen Seiten auf den geistigen Rückstand der Bauern spekuliert; in erster Linie von der Regierung selbst! In einigen Gouvernements sind 15 und mehr Bauernvertreter gewählt, die nicht lesen und nicht schreiben können. Als sie in die Hauptstadt kamen, haben sich sofort Agenten des Ministeriums an sie herangemacht, ihnen billige Logierhäuser besorgt, wo sie unter der „Aufsicht“ eines Hauswärters standen. Allerdings hat es hierbei bereits einige unangenehme Szenen abgesehen. Aber man sieht hieraus, wie schwer der russische Bürokratismus auf seine Eigenmächtigkeit und seine Willkür verzichtet will.

Das größte Interesse neben dem Ruf nach politischer Freiheit erregt der Vorschlag der Adresse über die sozialen Maßnahmen. Für die Arbeiter wird volle Organisationsfreiheit gefordert und für die bäuerliche Bevölkerung Gleichberechtigung und „Befriedigung der Agrarbedürfnisse“. Die letzte Forderung ist der dringendste Punkt! „Land und Freiheit! (zemlja i wolja)“ rufen die russischen Bauern allezeit. Bereits liegt auch ein förmliches Programm der Kadetten und Bauern vor, das in gemeinsamer Sitzung in einer Kommission aufgestellt worden ist. Einige der Hauptforderungen sind in die Adresse selbst aufgenommen worden. Der gesamte Gesetzentwurf, der in seinem Kern auf eine

Sozialisierung des Grund und Bodens hinausläuft, hat folgende Hauptforderungen ausgenommen: 1. Ohne Entschädigung sind zu expropriieren: die Staatsländereien, die der Apanagen, der Klöster, des Kabinetts, der Kirchen. 2. Ohne Entschädigung zu expropriieren sind die Ländereien der Städte und Wohlthätigkeitsanstalten, wenn erwiesen wird, daß es nicht rationell ist, sie zu landwirtschaftlichen Zwecken zu verwenden. 3. Gegen Entschädigung zu expropriieren ist aller Privatgrundbesitz. 4. Aus dem expropriierten Lande wird ein Reichslandfonds gebildet, der bestimmt ist, auf langfristige Pacht vergeben zu werden. 5. Das Gesetz bestimmt das Maximum an Land, das Private oder juristische Personen haben dürfen. 6. Alle nicht zusammenhängenden Streifenländereien werden, ganz abgesehen von ihrer Zahl, expropriiert. 7. Für den bäuerlichen Grundbesitz ist die Norm eines Minimums festzusetzen. Dieses Programm und diesen Gesetzentwurf hätten auch die deutschen Sozialdemokraten einbringen können. Seine Durchberatung in der Duma führt zu einem scharfen Konflikt mit der Regierung, da der Jar sich mehr als einmal auf das allerbestimmteste dahin erklärt hat, daß er den Privatbesitz nicht werde antasten lassen. Man muß daher hoffen, daß ein Kompromiß gefunden wird, da, wie feststeht, die Regierung bereit ist, der Landnot der Bauern große Opfer zu bringen. Auch kann man darauf rechnen, daß ein großer Teil der arg verschuldeten Grundbesitzer froh sein wird, wenn sich die Möglichkeit bietet, zu guten Preisen die verschuldeten Güter zu verkaufen, zumal sie häufig überhaupt nicht auf dem Lande, sondern in der nächsten Stadt oder im Auslande leben. Nur fragt sich, woher das Geld zu solchen Operationen genommen werden soll, und unter allen Umständen müssen sie viel Zeit kosten.

Es wird schwer fallen, die Ungeduld der Bauern und ihr Mißtrauen zu zügeln. Gerade der Ruf nach Land hat die Bauernschaft vielfach der Revolution in die Arme getrieben. Die Lösung der Agrarfrage in Rußland ist die wichtigste politische und soziale Frage des Landes; wer hier befriedigende Verhältnisse schafft, der ist der Retter des Russenreiches und sammelt sich Verdienste um den sozialen und kulturellen Fortschritt überhaupt. Bis jetzt sind allerdings die Aussichten auf eine Verständigung sehr gering.

Deutscher Reichstag.

k. Berlin, 16. Sitzung am 16. Mai 1906.

Der Reichstag hat heute zuerst das Gesetz über Schaffung von 5- und 10-Mark-Reichskassenscheinen angenommen und alle Obstruktionsanträge des Abgeordneten Dr. Arndt (Npt.) abgelehnt. Dann begann die Beratung der Resolution, die zur Steuerreform beschlossen werden sollte. Da gab es zunächst eine sehr große Debatte über die Branntweinbesteuerung. Die Kommission wünschte ganz allein eine Reform derselben. Und nun entspann sich der alte Streit über die Liebesgaben. Die Resolution fand schließlich mit sehr großer Mehrheit Annahme. Das Haus begann nach der Beratung der Resolution auf Aufhebung der Vorübergehenden im Ortsverkehr; die 2-Pfennig-Postkarte soll künftig durch die 5-Pfennig-Postkarte ersetzt werden. Die Debatte geht morgen weiter.

Politische Rundschau.

Dresden, den 17. Mai 1906.

Die Gerüchte der letzten Zeit über ein Zusammenreffen des Kaisers mit dem Zaren entbehren jeder Grundlage.

Bei dem Empfang der lothringischen Landesauschabgeordneten im Bezirkspräsidium zu Metz am 15. ds. sprach der Kaiser den Abgeordneten seine Befriedigung und seinen Dank dafür aus, daß sie für die Vollendung der Hofkönigsburg im Landesausch ihre Stimmen abgegeben hätten in der richtigen Erkenntnis, daß es sich hier um ein Werk handele, das nicht nur ein zweifelloses Interesse des Elsaß berühre, sondern vom vaterländischen Gesichtspunkte aus eine allgemeine Bedeutung beanspruchen könne.

Die Annahme der Diätenvorlage im Bundesrat wird sich am Donnerstag vollziehen; wenn auch in einigen Regierungen Bedenken bestehen, sind diese doch nicht derart, um die Mehrheit für die Vorlage zu zerstreuen. Das Gesetz dürfte sehr bald in Kraft treten.

Im Zusammenhange mit der am 15. d. M. erfolgten Annahme der Diätenvorlage im Reichstage ist von der konservativen Fraktion im preussischen Abgeordnetenhaus ein Antrag eingebracht worden, die Staatsregierung aufzufordern, im Bundesrate dahin zu wirken, daß Eingriffe in die Verfassungen der Einzelstaaten, insbesondere Preussens, im Wege der Reichsgesetzgebung, vermieden, jedenfalls nicht ohne Einvernehmen mit den Einzelstaaten vorgenommen werden.

Das preussische Abgeordnetenhaus hat am 16. d. M. zunächst die Vorlage auf Verstaatlichung der Hercynia-Vorlage angenommen und wandte sich dann dem Entwurf zum Knappheitsgesetz zu. Das Zentrum beantragte, die allgemeine Wahl und das Wahlrecht für Invaliden einzuführen. Die Abgeordneten Brust und Teimborn legten sich sehr stark hierfür ins Zeug, aber die Konservativen, Freikonservativen und Nationalliberalen erklärten, daß sie an den Kommissionsbeschlüssen nichts ändern lassen, so daß es bei der öffentlichen Wahl bleibt, wo nicht die geheime schon eingeführt ist.

Präsident Dr. Franz Gülschlag begeht am 17. d. M. in Münster i. W. sein goldenes Priesterjubiläum. Am

14. März 1833 zu Essen in Oldenburg geboren, studierte er Theologie an der Akademie Münster und an der Universität München. Am 17. Mai 1856 empfing er hier die Priesterweihe und besuchte dann noch zwei Jahre die Universität Bonn. 1859 war er an der Gründung des katholischen Studentenvereins „Unitas“ hervorragend beteiligt. 1860 bis 1863 erschien die deutsche Bearbeitung der ersten drei Bände von Rohrbachers Universalgeschichte der christlichen Kirche. Den „Literarischen Handweiser“, eine Halbmonatsschrift für das gesamte Literaturgebiet mit besonderer Berücksichtigung der katholischen Autoren gründete er. Aus seiner weiteren Tätigkeit auf dem literarischen Gebiete seien noch erwähnt: 19 Bänden der Meisterwerke unserer Dichter (fortgesetzt von Scheuffgen und Sellingshaus), Gülschlags päpstliche Biographien, denn von den ersten Anfängen ist er in der Partei tätig gewesen und hat mit an der Spitze gestanden. Der heilige Vater ernannte ihn zum päpstlichen Geheimkämmerer. Sein Leben ist eine lange Kette unermüdeten Schaffens auf den verschiedensten Gebieten, und sein Name wird stets mit den besten in der Geschichte des katholischen Deutschlands genannt werden.

Große Angriffe gegen Staatssekretär Graf v. Posadowsky zeigen den Verrag der Reaktionäre auf der Rechten gegen die Diätenvorlage. Schon im Plenum setzten Herr v. Staudy und Dr. Arndt mit heftigen Reden ein, aber die „Post“ kommt jetzt erst mit dem dicken Ende nach. Die „Post“ überdreht ihren Artikel, „Die Diätenblamage“ und beginnt ihn mit folgenden lebenswichtigen Worten: „Vor gestern ist im Reichstage die Entscheidung in einer Staatsaktion gefallen, aus der erhellt, daß das Dreifachwörter Wort von der quantula sapientia auch heute noch im vollsten Maße zutrifft. Seit Verantwortung der Verschärfung der Justizvorlage durch die reichsgesetzliche Aufhebung des Verbindungsverbotes für politische Vereine ist noch kein Feldzug so kläglich gescheitert worden, wie betreffs der Diätenvorlage.“ Das Organ der Freikonservativen tadelt vor allem, daß die Diäten unter Verzicht auf jede Kompensation auf dem Gebiete des Wahlrechtes gewährt seien, und daß auch die Aenderung des Artikels 28 der Reichsverfassung (Herabsetzung der Beschlusfähigkeitsziffer) von der Regierung ohne zwingenden Grund preisgegeben sei. „Das Zurückweichen vor der ersten Spur eines Widerstandes war ein solches Zeichen von Schwäche, daß man unwillkürlich an die Kapitulation der preussischen Festungen nach Jena erinnert wird. So ist nicht nur die Diätengewährung ohne jede Gegenleistung veräußert worden, sondern die Regierung hat außerdem noch durch ihr schwächliches Nachgeben eine schwere Einbuße an Autorität erlitten.“ Für diese Aktion, die den „Stempel der Rückgratlosigkeit“ trage, sei der Staatssekretär des Innern verantwortlich zu machen. Ebenso sei der Urheber der antihöflichen Bestimmung in Bezug auf die Doppelmandatäre, durch welche in die einzelstaatlichen Verfassungen eingegriffen werde, im Reichssamt des Innern zu suchen. Die „Post“ moniert dann die Gerichtigkeit, die Graf Posadowsky in der Sonnabenditzung gegenüber den Rednern der Rechten an den Tag legte, und motiviert diese Gerichtigkeit mit dem Bewußtsein der Schwäche seiner Position. „Verbeugung auf Verbeugung, nach links und gegenüber dem Zentrum, dagegen ostentativ scharfe Zurückweisung der Redner der beiden konservativen Fraktionen war die Signatur der Vertretung der Regierungsvorlage. Die politische Weiserleistung wird erst in die richtige Beleuchtung gerückt, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die Schwierigkeiten, denen die Verständigung über das Schulunterhaltungsrecht begegnet, vornehmlich in dem Gefühl der Konservativen beruhen, daß nicht ausreichend Rücksicht auf sie genommen werde. Daß durch das ganz unnötig scharfe Auftreten des Grafen Posadowsky gegen Herrn von Staudy dieses Gefühl nur gesteigert, und so der Widerstand gegen die Wünsche der Regierung weiter verfestigt werden muß, ist klar. Unbeschadet jenes Wortes des großen schwedischen Staatsmannes gibt es doch auch ein Uebermaß von Staatskunst, das in einer leitenden Stellung zu einer ernstlichen Gefahr werden kann.“ Angesichts dieser scharfen Redewendungen darf man überzeugt sein, daß unter der Oberfläche noch viel heftiger gegen Grafen Posadowsky gearbeitet wird. Es ist ja nicht das erste Mal, daß die Konservativen einen Sturmanschlag gegen die Stellung des Grafen Posadowsky unternommen. Die Agrarier insbesondere haben schon wiederholt verurteilt, den Staatssekretär des Innern wegen seiner sozialpolitischen Grundzüge, die ihnen außerordentlich verhaßt sind, ein Bein zu stellen. So ist Graf Posadowsky im letzten Winter aus Anlaß einer Rede bei der Beratung des Etats des Reichsamtes des Innern der Gegenstand scharfer Angriffe gewesen, weil er sich nicht für den Polizeistaat begeistern konnte. Man hat auch schon Herr v. Hülow gegen Graf Posadowsky ausgespielen wollen, aber der Reichskanzler weiß, was er in dieser klügeligen Arbeitskraft hat und steht unbedingt auf der Seite des Staatssekretärs.

Die Erhöhung des Bierpreises um 2.50 Mk. pro Hektoliter, wie sie in Berlin geplant ist, geht selbst freisinnigen Blättern, die sich gegen die Stoffelung der Biersteuer ausgesprochen haben, gegen die Gutsherrn. So schreibt das weitverbreitetste freisinnige Berliner Blatt: „Unsere Leser wissen, daß wir durchaus gegen die höhere Braumalzsteuer aufgetreten sind. Aber das kann uns nicht hindern, die Erklärung des Vereins der Berliner Brauereien für taktlos zu erklären. Die höhere Braumalzsteuer bedeutet auch

um Belegen von etc. ahl. 10, 4,00, 10, 5,50, 5,50, 00, 00. 0 breit. Teppiche ortieren, ngorafelle, ocosläufer Zimmern, iten u. Größen Preisen. te. ch, chieBgasse. sserei Tel. 1, 2202. u-Alft . 10. 32 telegraphen. erarbeiten. führt. ab dabei so nicht wieder- unsichtbare dachte man es dem gast- eine schwere nlager war- igen Sohn ihrem ab- anderen Nat. ommen. ame.“ guten Freu wieder bei he. Heute n Wollschal t die Land- fend. „Wo er gezogen. Er sendenden Ge- brüderlichen tter. Dann Zwillinge- lungenpaare g gebautes sie sich an Zwillinge. Billig ord- er.